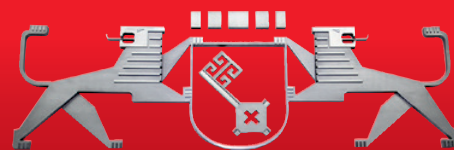


PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFT | 6. JULI 2021



BÜRGERSCHAFT DISKUTIERT ZUKUNFT DER GEWERBEFLÄCHEN

Wie soll die künftige Gewerbeflächenpolitik in Bremen aussehen? Über diese Frage diskutierte die Bürgerschaft heute in einer Aktuellen Stunde. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Volker Stahmann, übte dabei scharfe Kritik an der CDU. Von ihr gebe es keine Position zum Gewerbeflächenentwicklungsplan 2030, monierte er – und nutzte die Gelegenheit, die sozialdemokratische Position noch einmal darzulegen: „Auch uns ist klar, dass die Flächen nicht unendlich sind, aber wir brauchen eine Dispositionsfläche, die groß genug ist, dass Ansiedlungen ermöglicht werden, denn diese Ansiedlungen sind entscheidend für Bremens Zukunft.“

Zunächst verteidigte Stahmann die rot-grün-rote Koalition aber gegen die Vorwürfe der Untätigkeit aus der Opposition. Er nannte als Beispiel etwa das Tabakquartier, in dem mittlerweile 1.000 Beschäftigte in 200 Unternehmen arbeiten. Er nannte das Kompetenzzentrum und den Branchendialog im Bereich Logistik, der die Entwicklung gemeinsam mit den Unternehmen angehe. Und er nannte kleinere Projekte wie die 5G-Modellregion an der Autobahn 27, die Möglichkeit der Vergabe von Flächen in Erbpacht oder die Verbesserung der Anbindung von Gewerbegebieten an den öffentlichen Nah- sowie den Radverkehr. „Diese Koalition macht Wirtschaftspolitik! Wir verschrecken keine Unternehmen und wir sind alles andere als untätig!“, fasste er zusammen.

Dass es bei der Aufstellung des Gewerbeflächenentwicklungsplans (GEP) zu Verzögerungen gekommen sei, Sorge auch bei ihm für Unzufriedenheit, erklärte Stah-

mann, der aber gleichwohl darauf hinwies, dass dies daran liege, dass es dazu einen breiten – und wichtigen – Beteiligungsprozess gebe, der durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie ausgebremst worden sei.

Die Positionen zum GEP lägen von SPD, Grünen, Linken, den Kammern und – historisch einmalig – sogar in einem gemeinsamen Papier von Handels- und Arbeitnehmerkammer vor. Nur von der CDU sei in dieser Hinsicht nichts zu hören. Es würden nur Verfahrensfragen kritisiert und die Koalition aufgefordert, sich nicht zu streiten. Stahmann: „Wir streiten uns in der Koalition aber nicht, wir ringen mit unterschiedlichen Positionen um die beste Lösung!“

„Für uns als SPD-Fraktion ist dabei klar: Wirtschaft braucht Fläche, E-Mobilität und saubere Energie brauchen Fläche, Wohnen braucht Fläche und Mensch und Natur

brauchen Fläche“, erklärte Stahmann. „Wir brauchen hier ein gesundes Verhältnis, denn die Flächen sind natürlich nicht unendlich. Klar ist aber: Wir brauchen ausreichend Flächen, damit Ansiedlungen ermöglicht werden. Und dabei geht es nicht nur um die Größe, sondern auch um die Qualität, damit Gewerke und Unternehmen, die Angebote bekommen, die sie brauchen.“

Letztlich, so Stahmann abschließend, sei dies nicht nur eine wirtschaftspolitische Frage. „Es geht hier auch um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, und dieser Zusammenhalt ist uns Sozialdemokraten wichtig“, sagte er. „Wir dürfen nicht in eine Situation kommen, in der auf der einen Seite 30.000 Menschen bei Fridays For Future demonstrieren und auf der anderen Seite 40.000 Arbeitslose stehen. Deswegen müssen wir einen Kompromiss finden – und diese rot-grün-rote Koalition ist kompromiss- und handlungsfähig!“

ANTRAG **LINIE 5: BREMER WESTEN UND UNI BESSER ANBINDEN**



Die Straßenbahnlinie 5, die seit 2019 eine Direktverbindung zwischen Überseestadt, Hauptbahnhof und Bürgerpark bietet, soll durch zusätzliche Halte den Bremer Westen besser anbinden. Zudem soll eine Verlängerung bis zur Universität geprüft werden. Einen entsprechenden Antrag, den die rot-grün-rote Koalition auf Initiative der SPD-Fraktion eingebracht hatte, hat die Bürgerschaft heute beschlossen.

„Letztlich sind wir der Meinung, dass die Straßenbahnlinie 5 noch erhebliche Ausbaupotentiale zur ÖPNV-Vernetzung der Menschen des Bremer Westens birgt und bisher diesbezüglich hinter ihren Möglichkeiten zurückbleibt“, sagte die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Anja Schiemann. Der heute beschlossene Antrag sehe daher konkrete Ausbauziele und

entsprechende Prüfaufträge vor.

So soll die Linie 5 im Bremer Westen künftig keine Haltestellen mehr auslassen, so wie sie dies derzeit tut. „Es kann nicht richtig sein, die Menschen in einem bestimmten Bereich Gröpelingens von einer Direktanbindung der Linie 5 an den Hauptbahnhof auszuschließen“, erklärte Schiemann. „Deshalb fordern wir in unserem Antrag, die Fahrpläne nach Fertigstellung der aktuellen Bauarbeiten am Gröpelinger Straßenbahndepot in Abstimmung mit der dem ZVBN



Anja Schiemann

und der BSAG, dahingehend zu ändern, dass alle vorhandenen Haltestellen im Streckenverlauf des Bremer Westens bedient werden und somit alle Menschen in Gröpelingen und Walle von dem Angebot der Linie 5 profitieren.“

Sinnvoll sei zudem die Prüfung einer Verlängerung der Linie, so Schiemann weiter. „Mit einer Verlängerung der Linie 5 umsteigefrei über Schwachhausen bis zur Universität und dem Technologiepark würden Studierende und Arbeitnehmer*innen des Bremer Westens erstmals eine attraktive, schnelle, bequeme und klimaschonende Direktanbindung an ihren Studien- und Arbeitsplatz erhalten. Eine dementsprechende Linienerweiterung würde damit auch zu einer erheblichen Attraktivierung des ÖPNV in Bremen beitragen.“

DEBATTE **KRÜMPFER WEIST KRITIK AN KITA-AUSBAU ZURÜCK**

Die Versorgung mit Kitaplätzen war heute das Thema einer Aktuellen Stunde in der Bürgerschaft. Petra Krümpfer, Sprecherin für Kinder und Jugend der SPD-Fraktion wies in der Debatte die Vorwürfe aus der Opposition zurück, das Verfahren sei nicht transparent. Das Gegenteil sei im Bericht der Behörde der Fall. Und aus diesem Bericht gehe auch deutlich hervor, dass die Zahl fehlender Plätze deutlich niedriger sei als von der Opposition behauptet.



Petra Krümpfer

„Auch ich bin sehr berührt und besorgt, wenn ich weiß, dass es noch viele Kinder gibt, die zur Zeit noch keine Zusage für einen Krippen- oder Kitaplatz haben“, sagte

Krümpfer, „gerade weil wir auch wieder in der Pandemie festgestellt haben, wie wichtig und wie bedeutsam die frühkindliche Bildung und vor allem die Bindungen zu gleichaltrigen Kindern, aber auch zu weiteren Erwachsenen für die weitere Entwicklung der Kinder ist. Und auch wie bedeutsam die Einrichtungen mit ihren empathischen Mitarbeitenden auf und in die Familien wirken können.“

Die Zahl der fehlenden Plätze liege allerdings derzeit laut Bericht des Ressorts bei 1019 Plätzen – und nicht, wie von der CDU behauptet, doppelt so hoch. „Dass Sie so eine falsche Zahl in die Welt setzen, finde ich nicht richtig“, so Krümpfer in Richtung Oppositionsfraktion.

Diese Zahl, so betonte Krümpfer, mache auch sie nicht froh und sie wolle die Situation auch nicht beschönigen. Doch Krümpfer verwies auch darauf, dass in

den vergangenen Jahren so viele Plätze geschaffen worden seien, wie noch nie zuvor. „Es sind seit 2015 insgesamt etwa 5.000 Kitaplätze für Kinder im Krippenalter und Kinder in den Elementarbereich geschaffen worden. Es wurden so viele Kitas wie nie zuvor gebaut. Insgesamt wurden seit 2015 über 40 Neubauten realisiert und 80 Bestandsgebäude umgebaut oder erweitert. Allein in dieser Legislatur sind es 1.200 Plätze“, listete die Sozialdemokratin auf. Für das kommende Kita-Jahr seien außerdem 413 U3- sowie 1.101 Ü3-Plätze in der Umsetzung, die Deputation habe überdies bis zum Kitajahr 2025/2026 bereits einen Ausbau im Umfang von 119 Gruppen für Kinder unter drei Jahren und 94 Gruppen für Kinder über drei Jahren beschlossen. Und so lautete Krümpfers Fazit: „Der Behörde hier Untätigkeit vorzuwerfen, ist vollkommen unberechtigt!“

ANTRAG **BREMEN SOLL EINE ESSBARE STADT WERDEN!**

Ernährung steht seit geraumer Zeit in der öffentlichen Diskussion. Ob Veganismus- oder Vegetarismus-Debatten, Haltungsformen von Nutztieren oder steigendes Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen – was in den Mund kommt, ist auch in aller Munde. Doch viele Kinder und Jugendliche, die in städtischen Räumen aufwachsen, haben möglicherweise noch nie gesehen, gar erlebt, wie ihr Obst und Gemüse entsteht. Um dem entgegenzuwirken, hat die Stadtbürgerschaft heute einen Antrag beschlossen, der den Senat dazu auffordert, ein Gesamtkonzept für eine sogenannte ‚essbare Stadt‘ vorzulegen.

„Projekte zum Anbau von Obst und Gemüse haben in den letzten Jahren viel Zuspruch gefunden“, begann der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk, seinen Redebeitrag. „Nicht nur in den Kleingärten, sondern auch auf



Arno Gottschalk

immer mehr Flächen mitten in den Städten entstehen Gebiete für Obst-, Gemüse- und sogar Weinanbau“. Jene Projekte würden oft unter Schlagwörtern wie ‚Essbare Stadt‘, ‚Urban Gardening‘ oder ‚Urban Far-



ming‘ zusammengefasst.

„Wir glauben, dass der Wunsch nach solchen Angeboten noch viel größer und der Bedarf noch längst nicht befriedigt ist“, so Gottschalk weiter. „Wir wollen deshalb weitere Angebote schaffen. Das verlangt vor allem, dass neue Orte und Fläche erkundet werden, wo das möglich ist.“

Aber: Diese Aufgabe sei nicht banal. Denn es müssten Orte gefunden werden, die möglichst nicht nur kurzfristig zur Verfügung stünden und bei denen die geplante Nutzung nicht mit anderen Nutzungsbe-

stimmungen kollidiert. „Zudem“, mahnte der Sozialdemokrat, „sollte tunlichst der Boden kontrolliert werden; denn wir haben in Bremen leider vielerorts Bodenkontaminationen.“

Wichtig sei für die SPD-Fraktion, dass entsprechende neue Angebote nun in Stadtteilen entstünden, die sozial und städtebaulich benachteiligt seien. „Blumenthal, Grohn, Gröpelingen, Tenever, Vahr – dies sind nur einige der Stadtteile, die in Frage kommen, und wo der kleine Garten in der Regel eben nicht zum Haus gehört“, so Gottschalk abschließend.

FRAGESTUNDE **ABSCHLEPPEN VON SCHROTTAUTOS**

Sie sehen vernachlässigt aus, behindern den Verkehr, stehlen Parkplätze und sorgen ganz generell für den Unmut von Anwohner:innen: abgestellte Altfahrzeuge, die von ihren Halter:innen schlicht geparkt und vergessen wurden. Vor nunmehr drei Jahren kündigte der Senat ein härteres Durchgreifen gegen jene Schrottautos an. In der heutigen Fragestunde der Stadtbürgerschaft hakte der SPD-Innenpolitiker Kevin Lenkeit beim Senat nach: Welche Bilanz zieht der Senat bisher? Welche Kosten und Einnahmen entstanden durch das Abschleppen? Und wie bewertet der Senat die zukünftige Notwendigkeit des Abschleppens von Schrottautos?



Kevin Lenkeit

„Im Zeitraum vom 1. Juli 2018 bis heute wurden insgesamt 1.508 Schrottautos abgeschleppt“, berichtete Innenstaatsrat Olaf Bull für den Senat. „Das konsequente Abstellen

auf die durch Schrottautos entstehenden Belastungen des öffentlichen Raums hat sich als sehr erfolgreich erwiesen“, fuhr Bull fort.

Insgesamt betragen die Gesamtkosten für das Abschleppen, Verwahren und gegebenenfalls Verschrotten etwa 600.000 Euro. „Diese Kosten stehen Einnahmen in Höhe von 302.552,80 Euro durch Rückgriff auf die Halter:innen und Erlöse in Höhe von 208.883,19 Euro durch Versteigerungen gegenüber“, so Bull. Das Defizit in Höhe von etwa 94.000 Euro erkläre sich aus den noch nicht abgeschlossenen Verfahren. „Insgesamt 203 Halter:innen konnten jedoch nicht ermittelt werden, beispielsweise wegen der Zulassung des Fahrzeugs im Ausland“.

„Der Unmut in der Bevölkerung über am Straßenrand abgestellte Altfahrzeuge war zu recht sehr groß“, so Bull weiter. „Mit dem sofortigen Abschleppen bei eindeutigen Fällen wurden sehr gute Erfahrungen gemacht und es konnte eine positive Resonanz in der Bevölkerung festgestellt werden“. Auch wenn seit Herbst 2018 die

Meldungen seitens der Bürger:innen zu entsprechenden Schrottfahrzeugen stark rückläufig seien, werde man von der bewährten Vorgehensweise auch weiterhin nicht absehen, betonte Bull „Im neuen Abschlepperlass aus dem März 2021 werden nun auch die Möglichkeiten des Einschreitens bei abgestellten Anhängern herausgestellt“, so der Staatsrat. „Das Thema der übermäßigen Nutzung des Straßenraums durch abgestellte Fahrzeuge und Anhänger ist und bleibt weiterhin ein Schwerpunkt der Verkehrsüberwachung.“

Lenkeit fragte den Staatsrat noch nach einem konkreten Fall, bei dem ein Bürger sich jüngst über die sozialen Medien über ein Schrottauto mit Zulassung beschwert hatte. Das Ordnungsamt habe hier schnell reagiert und dieses sei abgeschleppt worden, sagte Bull und erklärte auf Nachfrage die Rechtslage: Da das Auto Betriebsstoffe verloren habe, habe es trotz Zulassung abgeschleppt werden können – als Maßnahme der Gefahrenabwehr.